

ÖFFENTLICHE UND INDIVIDUELLE VERANTWORTUNG IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

VON BISCHOF DR. GEORG BÄTZING

April 2021



Abstand halten, Mundschutz tragen, Kontakte auf ein Mindestmaß reduzieren – mit diesen individuellen Schutzmaßnahmen zeigt sich seit Monaten der bei weitem größte Teil der deutschen Bevölkerung solidarisch miteinander. Die Corona-Pandemie auf das Thema „individuelle Verantwortung“ zu reduzieren wäre verkürzt. Die Pandemie und die benötigten Maßnahmen betreffen die Gesellschaft als Ganzes. Die Herausforderungen an die Politiker sind groß und ich danke denen, die auf den verschiedenen politischen Ebenen Verantwortung tragen. Wir können für das Krisenmanagement in Deutschland sehr dankbar sein, unsere Politiker haben bisher mit viel Augenmaß und großer Entschiedenheit agiert.

Und dennoch treffen die bereits spürbaren sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie Menschen weltweit und auch in unserem Land sehr ungleich. Die Lage von bereits vor der Pandemie benachteiligten Menschen verschärft sich: ältere und kranke Menschen, von Armut betroffene oder am Existenzminimum lebende Menschen, Menschen ohne festen Wohnsitz, Asylsuchende und Geflüchtete – um nur einige hervorzuheben. Für all diese Menschen ist die Corona-Pandemie nicht nur eine Gefahr für ihre Gesundheit. Die Pandemie hat ihre gesamte Lebenslage dramatisch verschlechtert. Dies zeigen auch die erschütternden Zahlen des „Datenreport 2021 über ungleiche Lebensbedingungen und die Folgen von Corona“: So waren Alleinerziehende (25 Prozent) und Selbstständige (20 Prozent) am häufigsten von finanziellen Problemen im Zuge der Pandemie betroffen. Auch Zuwanderer nach Deutschland berichteten mit 15 Prozent fast doppelt so häufig von finanziellen Schwierigkeiten wie Menschen ohne Migrationshintergrund (8 Prozent).

Die vielen Spenden zur Weihnachtszeit zeigen, dass Nächstenliebe – ein zutiefst christliches Ansinnen – für viele Menschen ein Leitmotiv für ihr Handeln ist. Für die Spendenbereitschaft danke ich von Herzen. Zur Bewältigung der Krise, zur Eindämmung der Pandemie und zur Verhinderung weiterer sozialer Notlagen ist solidarisches Handeln jedoch nicht auf die individuelle Verantwortung jeder und jedes Einzelnen zu reduzieren. Im katholischen Verständnis von Solidarität kommt den Entscheidungsträgern und denen, die in unserer Gesellschaft über mehr Leistungsfähigkeit, Einfluss und Handlungsspielraum verfügen, eine größere Verantwortung für die Gemeinschaft zu.

Die sozialen Probleme, die auf unsere Gesellschaft zukommen, sind vielfältig. Ehren- und Hauptamtliche aus unserem

Bistum berichten, dass sie als wesentlichste soziale Sorgen der Menschen „Vereinsamung“ und „Digitalisierung“ wahrnehmen. Außerdem erkennen sie eine große Herausforderung in der „Situation von Familien“. Als weitere ebenfalls hoch relevante Sorgen der Menschen erfahren sie „Existenz- bzw. Zukunftsangst“.

VEREINSAMUNG IN DER KRISE

Die Corona-Pandemie ist für viele Menschen eine Zeit, die an der Seele zehrt. Lockdown-Verordnungen verschiedenen Umfangs, insbesondere Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung zentraler öffentlicher und sozialer Einrichtungen machen einsam. Diese Maßnahmen treffen jene Menschen besonders hart, die ohnehin wenige soziale Kontakte haben und wenig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die oft die psychologische und soziale Betreuung vereinsamter und obdachloser Menschen übernehmen, können aktuell ihren gewohnten Dienst nur sehr eingeschränkt wahrnehmen.

Besondere Aufmerksamkeit muss den älteren, kranken und auf Hilfe angewiesenen Menschen gelten, die in Betreuungs-, Kranken- und Pflegeeinrichtungen leben. Die Maßnahmen, die für die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner zu treffen sind, haben zur Folge, dass die Betroffenen auf Kontakt mit ihnen nahestehenden Menschen verzichten müssen. Zwar konnten wir mit den Landesregierungen gute Verabredungen für die Seelsorge in Pflegeheimen treffen, doch erleben wir noch immer, dass Menschen in Krankenhäusern einsam sterben müssen, dass Verwandten der letzte Abschied nicht möglich ist. Ich habe die Hoffnung, dass die zwischenzeitlich verfügbaren Schnelltests hier eine gute Lösung darstellen und unbedingt eingesetzt werden sollten.

Doch erinnere ich auch an die Menschen, die aus anderen Gründen alleine sind: Senioren, deren gewohntes Umfeld nicht möglich ist – Alleinerziehende, die mit Beruf, Kinderbetreuung und Homeschooling so ausgelastet sind, dass selbst für digitale Kontakte kaum Raum bleibt, Singles und viele andere. Hier können bereits kleine gemeinschaftliche Gesten große Wirkung entfalten.

Pastorale und soziale Einrichtungen und Dienste müssen gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen stärker gefördert, besser ausgestattet und durch innovative Konzepte weiterentwickelt werden. Nur im Miteinander der

verschiedenen Institutionen können wir wirksame Lösungen finden, die den Menschen in den Blick nehmen.

DIGITALISIERUNG

Die Corona-Pandemie hat das soziale Miteinander weiter in den digitalen Raum verschoben. Nicht nur Privates, sondern auch Schule und Arbeit finden zunehmend dort statt. Das kann Chancenungleichheit weiter vergrößern. Zum einen betrifft dies das Bildungssystem und den Zugang zur digitalen Infrastruktur für Familien. Zum anderen verlangt die Digitalisierung von Arbeitnehmern, neue Kommunikations- und Arbeitsformen zu erlernen, spezialisiertes Wissen aufzubauen und verstärkt in die persönliche Aus- und Weiterbildung zu investieren. Wem die Infrastruktur – Laptop, PC, Tablet, Breitband-Internet – oder das Vermögen dazu fehlt, wird möglicherweise abgehängt. Der Appell der Bundeskanzlerin zur verstärkten Nutzung von Homeoffice war nicht überall problemlos umzusetzen, weder in der Wirtschaft noch in der Verwaltung. Private oder wirtschaftliche Initiativen sowie Kooperationen zwischen Schulen, Kommunalpolitik und verschiedenen Unternehmen haben bereits Abhilfe geschaffen, doch muss die Bundesrepublik auf allen politischen Ebenen den digitalen Ausbau verstärken.

Auch der Einzelne kann seinen Teil beitragen: Können wir unser altes, aber funktionsfähiges Notebook für eine Schule, eine Betreuungseinrichtung oder zur Verteilung an bedürftige Familien spenden? Können wir der älteren Person nebenan behilflich sein, einmal in der Woche ein kurzes Video-Telefonat mit den Kindern und Enkeln in einer anderen Stadt zu ermöglichen?

SITUATION VON FAMILIEN

Die Pandemie hat deutlich gemacht, welche Last Familien trifft, wenn Kinderbetreuungsangebote wegfallen: Die Schließung von Kitas und Schulen und damit der Ausfall einer verlässlichen kontinuierlichen Betreuung und Beschulung belastet den Alltag von Familien, insbesondere Alleinerziehenden, und erschwert es den Erwachsenen, ihre beruflichen Herausforderungen zu meistern. Heute finden sich aber vor allem viele Frauen erneut in einer durch die Krise zugespitzten Form von Doppelbelastung wieder. Noch einmal kommt deutlich zum Vorschein, wie weit unsere Gesellschaft noch von einer Gleichberechtigung der Geschlechter entfernt ist. Sorgearbeit wird eben nicht „nebenebei“ erledigt. Die Möglichkeit zum Homeoffice haben – so der Datenreport 2021 – nur zwölf Prozent aller Beschäftig-

ten überhaupt genutzt, die Mehrheit davon nur gelegentlich. Deutschland ist hier im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld angesiedelt. Besonders Eltern machten Gebrauch vom Homeoffice, allerdings nur zwölf Prozent der alleinerziehenden Mütter (gegenüber 21 Prozent der alleinerziehenden Väter).

Paarfamilien profitierten oft von der Möglichkeit zum Homeoffice, die eingesparte Zeit des Pendelns investierten Väter wie Mütter in die Familie. Besonders Mütter zeigten eine gestiegene Zufriedenheit mit Arbeit und Familienleben, wenn sie im Homeoffice tätig waren. Dies zeigt, wie notwendig Flexibilität aufseiten der Arbeitgeber ist, um Familie und Beruf in ein besser gestaltbares Verhältnis zu bringen.

Die Schließung von Betreuungseinrichtungen wie Kitas und Horten sowie von Schulen ist dabei auch ein Thema sozialer Ungleichheit. Der Wegfall freigemeinnütziger oder öffentlicher Betreuung trifft Familien ungleich härter, die für private Alternativen wie Hausaufgabenbetreuung keine finanziellen Spielräume haben. Wenn zudem das warme Mittagessen wegfällt, bedeutet das für viele ärmere Familien und Alleinerziehende, dass das Geld für den alltäglichen Bedarf noch knapper wird, als es oft ohnehin schon ist. Die beschlossenen Sofortzahlungen und Kinderboni reichen hier noch nicht aus. Auch während notwendiger Aussetzungen des Präsenzunterrichts ließen sich mit dem passenden Hygienekonzept kleine Lerngruppen mit Verpflegung bilden.

Auch Familien mit Kindern, die z.B. aufgrund von Lernschwächen, ADHS oder körperlichen Behinderungen besondere Bedürfnisse haben, dürfen nicht übersehen werden. Der Mehraufwand für spezielle Förderformate und Betreuungsformen sowie für die dafür notwendige Infrastruktur darf nicht auf die einzelnen Familien abgewälzt werden.

Eine weitere ernste Sorge betrifft die Zunahme häuslicher Gewalt, zu der es in Familien aller sozialen Gruppen kommt. Nach Angaben des Weißen Rings nehmen die Fälle häuslicher Gewalt seit dem Lockdown im März 2020 zu. Verlässliche Zahlen sind kaum zu ermitteln, doch die Gewaltambulanz der Charité spricht von einer Zunahme der Fälle um 30 Prozent in den Sommermonaten des vergangenen Jahres. Nicht abzuschätzen, wie hoch die Dunkelziffer ist.

KURZARBEIT, ARBEITSLOSIGKEIT – EXISTENZ- UND ZUKUNFTSANGST

Die ökonomische Krise in Folge der Corona-Pandemie hat wesentliche Konsequenzen für die Verteilung von Wohlstand und damit von Lebens- und Entfaltungschancen. Zahlreiche Erwerbstätige sind in Folge der Pandemie von Kurzarbeit betroffen. Die Arbeitslosigkeit hat pandemiebedingt zugenommen, in Hessen erreichte sie bereits im August 2020 den höchsten Wert seit zehn Jahren. Wo Einkommen einbrechen oder ganz entfallen, droht die Pandemie gerade Menschen mit schon zuvor niedrigem Einkommen in die Überschuldung zu treiben. Die Pandemie hat also besonders Geringverdiener sowie Solo-Selbständige und Kleinunternehmer in eine schwierige finanzielle Lage gebracht. Die Stundung von Mieten hilft im Augenblick. Es ist aber keine nachhaltige, gemeinschaftliche Lösung. Wenn etwa die Fristen für den Zahlungsaufschub auslaufen, verschärft das unter Umständen die finanziellen Notlagen einiger Menschen und damit gesellschaftliche Spaltung. Auch private Immobilieneigentümer, die womöglich auf die Einnahmen aus den Objekten angewiesen sind, stehen vor wirtschaftlichen Nöten.

Die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums ist ein zentrales Anliegen des Bistums Limburg und vieler kirchlicher Akteure. Beispielhaft steht hierfür die 2019 ausgerufene soziale Wohnraumoffensive. Kirchen und ihre angeschlossenen Akteure sollten die soziale Situation ihrer Mieter genau im Auge behalten und auch über die gesetzliche Pflicht hinaus den Zahlungsaufschub dulden. Mietminderungen oder Mietverzicht dürfen in besonderen Härtefällen kein Tabu sein.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen einige Wirtschaftsbereiche besonders hart. Darunter fallen auch Branchen, die für ein gelingendes gesellschaftliches Leben von besonderer Bedeutung sind. Kulturbetriebe und innenstädtischer Einzelhandel sind nicht nur Orte des Konsums und des Freizeitvertriebs, sondern auch des sozialen Lebens. Fördergelder, Direktzuschüsse und Kredite können dabei helfen, die Fixkosten bei Mieten und Versicherung trotz Einnahmeverlusten zu decken. Deren Auszahlung geht aber aufgrund bürokratischer Hürden viel zu langsam voran. Hier muss die Bundesregierung dringend nachsteuern.

Mittlerweile ist den meisten Menschen in Gesellschaft und Politik klargeworden, dass die in dieser Krise herausragenden Leistungen von Pflegekräften oder von Mitarbeitende des Einzelhandels in der Krise nicht nur symbolisch zu wür-

digen sind. Mit dem Blick auf den notwendigen politischen Diskurs zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege und Betreuung wird es entscheidend sein, ob es gelingt, zukunftsfähige Reformen in der Pflegeversicherung und Tarifbindungen in den Branchen und Regionen umzusetzen, um die Anerkennung und Wertschätzung der vielen Beschäftigten dauerhaft festzuschreiben. Hinzu kommt, dass viele Berufe, deren Arbeit von gesellschaftlich wesentlicher Bedeutung ist, noch immer nicht berücksichtigt werden. Das gilt zurzeit etwa für Reinigungs-, Hauswirtschafts- oder Sicherheitspersonal. Ebenso wenig werden 450-Euro-Jobber bei den Einmalzahlungen beachtet.

NACH VORNE SCHAUEN, ALS SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Corona wird wahrscheinlich unser aller Leben neu ausrichten – langfristig und global. Corona verändert die Beziehungen zwischen Menschen. Insofern ist diese Pandemie auch ein Thema für uns als Christen. Die Pandemie kann uns alle dazu anregen, neu über unsere Verletzlichkeit und unsere Angewiesenheit auf andere, über unser Verhältnis zueinander und das Zusammenleben in der Gesellschaft nachzudenken. Ein einfaches Zurück zum früheren "Normalzustand" wird es nicht geben. Der Weg in die Zukunft bietet auch Möglichkeiten, unser Miteinander besser zu gestalten. Solidarität als kollektive Aufgabe der Gesellschaft zu verstehen sowie politische Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzuleiten, kann einer weiteren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken.

Was wir dabei nicht aus den Augen verlieren dürfen, ist, dass die Pandemie auch auf globaler Ebene unermessliche Folgen hat. Die Menschen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländer sind weitaus schwerer von der Pandemie und vor allem von ihren ökonomischen Folgen betroffen als wir. Eine faire Verteilung von Impfstoffen auch für weniger zahlungsfähige Länder sollte für ein christlich geprägtes Europa selbstverständlich sein. Um 60 Prozent ihrer Bevölkerung zu impfen, benötigen die afrikanischen Länder rund 1,5 Millionen Impfdosen. Die Kosten für Beschaffung und Verteilung werden von der Hilfsorganisation OXFAM auf sieben bis zehn Milliarden US-Dollar geschätzt. Für Afrika ist dies kaum zu stemmen. Ich appelliere an die EU, dieses Problem in den Blick zu nehmen.

Die verschiedenen kirchlichen Akteure haben unterschiedliche Chancen und dadurch die Verpflichtung, den Menschen insbesondere denen „an den Rändern“ (Papst Franziskus)

nahe zu sein und Unterstützung zu geben. Zudem halten wir im Dialog mit der Politik den Appell an die wohlfahrtsstaatliche Verantwortung aufrecht. Auf diese Weise kann die Kirche Solidarität stiften und Gemeinschaft lebendig halten. Und natürlich wollen wir für die Seelen der Menschen sorgen: Ihnen Trost und Nähe und die Worte des Evangeliums anbieten. Mit vielen digitalen und analogen Angeboten gelingt uns dies bereits.

Gemeinsam mit den anderen abrahamitischen Religionen begreifen wir Christen alle Menschen als Kinder Gottes und damit als Geschwister – als Menschen, die aufeinander angewiesen sind und denen ein gutes Leben nur gemeinsam und in sensibler Aufmerksamkeit füreinander gelingen kann. Nur gemeinsam können wir die Folgen der Krise bewältigen.

Abstand halten und Maske tragen sind ein Akt der Nächstenliebe. Verantwortungsvoll zu handeln heißt, die Schwachen zu schützen. Bei der Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Krise und den Folgen für die öffentliche Verschuldung, bedeutet das, stärkere Schultern stärker zu belasten. Nur so kann aus der Krise heraus, aus dieser gewaltigen Umbruchszeit, eine solidarische Zukunft erwachsen.

QUELLEN (AUSWAHL):

Bistum Limburg (2020): Vereinsamung, Digitalisierung und Zukunftsangst. Forum Sozialpastoral wertet Umfrage zur Corona-Krise aus, bistumlimburg.de/beitrag/vereinsamung-digitalisierung-und-zukunftsangst-1/ (letzter Zugriff 16.12.2020).

Buschle, Christina; Meyer, Nikolaus (2020): Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische Forschungsnotizen zur Corona-Pandemie; in: Soziale Passagen 12, 155–170.

Enzyklika Fratelli tutti von Papst Franziskus – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft (2020); Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (H.g.): Verlautbarungen des Heiligen Stuhls, Nr. 227.

Eurostat (2020a): Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,4%, Pressemitteilung Euroindikatoren 103/2020.

Eurostat (2020b): Arbeitslosenquote im Euroraum bei 8,1%, Pressemitteilung Euroindikatoren 142/2020.

Holz, Gerda; Richter-Kornweitz, Antje (2020): Statement aus der Armutsprävention; Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

Kohlrausch, Bettina; Zucco, Aline; Hövermann, Andreas (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Coronakrise noch weiter verschärft. WSI Report 62.

Lessenich, Stephan (2020): Allein solidarisch? Über das Neosoziale an der Pandemie; in: Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft; transcript, S. 177–185.

Mayert, Andreas (2020): Deutschland und die EU zu Beginn der zweiten Pandemiewelle. Entwicklungen, Erwartungen und soziale Initiativen; Sozialwissenschaftliches Institut der EKD.

(Möhring-Hesse, Matthias (2020): "The Virus [...] does not discriminate, but we humans surely do". Soziale Ungleichheiten in der Pandemie.)

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2020): München: Corona-Leugner machen aus Demo einen Gottesdienst; rnd.de/panorama/muenchen-corona-leugner-machen-aus-demo-einen-gottesdienst-sarge-und-tv-pfarrer-auf-buehne-GE6OYLR6V2Q5DHBBDXEN2BKNAQ.html (letzter Zugriff 16.12.2020).

Speck, Sarah (2020): Zuhause arbeiten. Eine geschlechtersoziologische Betrachtung des >Homeoffice< im Kontext der Corona-Krise; in: Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft; transcript, S. 135–145.

Schürholz, Judith; Noack, Michael (2020): Einsam durch die Krise? Kontaktgestaltung vor, während und nach den Kontaktbeschränkungen; in: Johannes Kniffki; Ronald Lutz; et al. (Hg.): Soziale Arbeit nach Corona, Juventa.

Volkshilfe.(2020): Umfrage zu Corona & Kinderarmut; Pressekonferenz 08.07.2020.

Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2021): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland; bib.bund.de/Publikation/2021/pdf/Datenreport-2021-Ein-Sozialbericht-fuer-die-Bundesrepublik-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (letzter Zugriff: 10.3.2021)

WSI (2020): Neue Ergebnisse der Erwerbspersonenbefragung. Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen mit 2. Corona-Welle gesunken, doch soziale Spaltung in der Pandemie setzt sich fort; Pressemitteilung 14.12.2020; wsi.de/de/pressemitteilungen-2675-empfaenglichkeit-fur-verswoerungsmythen-mit-2-corona-welle-gesunken-29169.htm (letzter Zugriff 16.12.2020).